

Stellungnahme
zum Entwurf der Bundesregierung
„Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine
nachhaltige Entwicklung“

Bonn, 4. März 2002

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO) begrüßt die Ausarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland durch die Bundesregierung und ihre grundsätzliche Bereitschaft, die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen an diesem Prozess zu beteiligen.

VENRO bedauert und beanstandet allerdings, dass mit dem Online-Forum, den Chats und der Konsultationsrunde im Spätherbst 2001 die tatsächlichen praktischen Möglichkeiten der Beteiligung im bisherigen Verlauf des Erstellungsprozesses der Strategie unbefriedigend waren. Das Gesamtverfahren war lange Zeit nicht bekannt. Die den interessierten Personen und gesellschaftlichen Gruppen eingeräumten Beteiligungsmöglichkeiten waren unklar. Zudem war die Frist zwischen der Zustellung des Berichtsentwurfs Mitte Februar und dem Beginn der Erstellung der für die Kabinettsberatungen vorgesehenen Fassung ab Anfang März 2002 für eine ernsthafte Auseinandersetzung und eine umfassende Meinungsbildung innerhalb des Verbandes zu kurz. Der Partizipationsanspruch der Bundesregierung wird damit nicht wirklich eingelöst.

VENRO ist der Auffassung, dass die in dem Entwurf formulierte Nachhaltigkeitsstrategie in vielen Punkten nicht dem entspricht, was sich aus der Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zur Agenda 21 1992 in Rio ergibt. Der Verband kritisiert insbesondere, dass die darin enthaltenen entwicklungspolitischen Aspekte weit hinter den Aussagen des Dokuments von Rio und auch des Berichts der Brundtland-Kommission zurück bleiben.

- Ein Beleg hierfür ist das verkürzte Leitbild nachhaltiger Entwicklung, von dem der Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie ausgeht. Schon an ihrem Umfang im Leitbild ist erkennbar, dass die Aussagen zur internationalen Dimension der Nachhaltigkeit in dem Entwurf marginalisiert sind. Die intergenerative Gerechtigkeit wird zwar immer wieder betont und ausgeführt, die intragenerative Gerechtigkeit wird jedoch weitgehend vernachlässigt. Armutsbekämpfung genießt in der Agenda 21 einen konstitutiven Charakter für eine nachhaltige Entwicklung. Auch der Brundtland-Bericht ergänzt seine im Entwurf der Bundesregierung enthaltene Definition von Nachhaltigkeit mit dem Hinweis, dass die „Grundbedürfnisse der Ärmsten die überwiegende Priorität haben sollten.“ Dieses Verständnis wird in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie nicht ausreichend berücksichtigt. VENRO empfiehlt daher, das im Dialogpapier des Rats für Nachhaltige Entwicklung geäußerte Leitbild zu übernehmen, in dem es u.a. heißt: „Nicht auf Kosten künftiger Generationen oder der Menschen in anderen Teilen der Welt leben – das ist ein wichtiger Grundsatz nachhaltiger Entwicklung.“
- Der Ansatz der Bundesregierung wird umso fragwürdiger, als dass ihr Begriff von nachhaltiger Entwicklung seine Schwerpunkte nicht auf die Bereiche Umwelt und Entwicklung legt, wie dies seit dem Brundtland-Bericht und dem Erdgipfel von Rio praktisch überall der Fall ist. Vielmehr werden auf Kosten der intragenerativen Gerechtigkeit andere Aspekte wie innere Sicherheit und Frieden betont. Diese Tatsache mag aktuellen politisch-taktischen Überlegungen geschuldet sein; inwieweit sie allerdings der Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung und der Umsetzung der Agenda 21 dient, ist nicht zu erkennen.
- Die Ziele und Indikatoren, die geeignet sein könnten, ein nachhaltiges Deutschland in seinen Außenbeziehungen zu kennzeichnen, müssen erweitert werden: So wird zwar das 0,7 Prozent-Ziel genannt, jedoch legt die Bundesregierung nicht weiter fest, bis wann Deutschland es Ziel erreichen soll. Darüber hinaus sollte als weiteres Ziel in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden, dass Deutschland die Mittel für die direkte Armutsbekämpfung deutlich erhöht. Mit Blick auf einen gerechten und fairen Welthandel und die Ernährungssicherheit der Menschen im Süden wäre es ein lohnendes Ziel, die Agrarexportsubventionen innerhalb der Europäischen Union auf Null zu reduzieren. Der Rückgang von deutschen Holzimporten aus Entwicklungsländern (bei gleichzeitiger Kompensation für die entgangenen Deviseneinnahmen in anderen Bereichen) wäre ein Beitrag Deutschlands zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Der zunehmende Anteil von Vereinbarungen über Zugang und gerechten Vorteilsausgleich bei Patentanmeldungen, die genetische Ressourcen berühren, – wie ihn die Konvention über biologische Vielfalt vorsieht – wäre ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Und selbstverständlich müssen auch die deutschen Waffenexporte in Entwicklungsländer zu einem Indikator für ein nachhaltiges Deutschland werden.
- Das verwendete Indikatorensystem unterscheidet sich von dem, was sich zur Zeit als Konsens in der nationalen und internationalen Debatte herausbildet. Die Gründe dafür sind nicht erkennbar. Das Bruttoinlandsprodukt ist kein geeigneter Indikator für die umwelt-ökonomischen Aspekte. Wichtige Indikatoren fehlen, z.B. zu den Themen Abfall, Wasser und Wald. Die Tatsache, dass im Kapitel zur „Internationalen Verantwortung“ nur die Indikatoren „Anteil der EZ-Ausgaben am BIP“ sowie „EU-

Einführen aus Entwicklungsländern“ genannt werden, bestätigen eindrucksvoll die am Leitbild bereits geführte Kritik. Damit kann man weder die globale Dimension der Nachhaltigkeit messen und beurteilen, noch politisch tragfähige Aussagen über entwicklungspolitische Aspekte machen.

- Die im Schwerpunkt „Armutsbekämpfung und fairer Handel“ genannten Themen bieten keine strategische Orientierung der Entwicklungspolitik. Die zentralen Aspekte „Marktzugang der Entwicklungsländer“ und das 0,7 Prozent-Ziel erfüllen allein nicht die Anforderungen einer Politik, die der Nachhaltigkeit, globaler Gerechtigkeit und gewachsener internationaler Verantwortung verpflichtet ist. Ein nachhaltiges Deutschland muss die Forderungen und Interessen der Entwicklungsländer besonders im Handelsbereich ernst nehmen, als dies bislang erkennbar ist: Es sollten eine *Development Box* im WTO-Agrarabkommen eingeführt werden, die bereits erwähnten EU-Agrarexportsubventionen auslaufen und das TRIPs-Abkommen über handelsbezogene Aspekte von Rechten an geistigem Eigentum einer Reform unterzogen werden. Gleichfalls sollte den Klagen der Entwicklungsländer über die mangelnde Umsetzung solcher Abkommen, die ihnen ökonomische Vorteile versprechen, mehr Beachtung geschenkt werden (z.B. Textilabkommen). Schließlich muss das System der besonderen und unterschiedlichen Behandlung (*special and differential treatment*) von Entwicklungsländern in der WTO weiter ausgebaut werden, damit Entwicklungsländern ausreichend Handlungsspielraum für den Aufbau der heimischen Wirtschaft bleibt. Der Entwurf der Bundesregierung setzt hingegen für eine wirtschaftliche Entwicklung der Länder des Südens nahezu ausschließlich auf eine weitere Liberalisierung. Hingegen ist durch zahlreiche Studien, auch solchen von UN-Organisationen wie z.B. die FAO, in Frage gestellt, dass die Formel Liberalisierung = wirtschaftliche Entwicklung in dieser schlichten Form zutrifft.
- Eine direkte Beziehung zu den im Aktionsprogramm 2015 der Bundesregierung genannten Zielen und Maßnahmen ist nicht immer zu erkennen. Zwar wird das Aktionsprogramm erwähnt, ohne dass jedoch deutlich gemacht wird, wie sich Aktionsprogramm und Nachhaltigkeitsstrategie künftig gegenseitig unterstützen und verstärken sollen.
- Sicherheit und Frieden werden nicht bzw. nicht ausreichend in ihrer Abhängigkeit von sozialer und internationaler Gerechtigkeit beschrieben. Zwar werden die abnehmenden Steuerungsmöglichkeiten der Nationalstaaten und die sich daraus ergebenden Erfordernisse an internationale Regimes erwähnt, es wird aber nicht entwickelt, welche Global-Governance-Instrumente deshalb erforderlich sind und auf welche Weise sie gestärkt werden können.
- Nachhaltigkeit bedarf der aktiven Unterstützung durch die Bevölkerung. Die Aussagen des Berichts zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung würdigen diesen Aspekt jedoch nicht ausreichend.

Wir schlagen vor, hierzu folgende Formulierung aufzunehmen:

Formulierungsvorschlag für den Entwurf der Bundesregierung „Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung“

hier: Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, S. 222f.

Die kursiv gekennzeichneten Passagen stammen aus dem Entwurf der Bundesregierung, S. 222f.

Im Leitbild nachhaltiger Entwicklung haben Bildungsprozesse eine Schlüsselfunktion. Bildung für nachhaltige Entwicklung besteht konzeptionell aus den beiden Säulen der Umweltbildung und der entwicklungspolitischen Bildung. Sie ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Menschen auf die Globalisierungsprozesse, die fortschreitende weltweite Vernetzung und Internationalisierung des Lebens und die Veränderungen im Verhältnis von Mensch und Natur mitgestaltend reagieren können. Bildung für nachhaltige Entwicklung verfolgt die Ziele, die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zu bewahren, die Menschenrechte zu verwirklichen, Armut zu beseitigen, mehr Gerechtigkeit und Interessenausgleich zwischen Nord und Süd zu schaffen und ein gedeihliches Zusammenleben von Angehörigen verschiedener Kulturen zu ermöglichen.

In den Prozessen der Bildung für nachhaltige Entwicklung eignen sich die Menschen das dafür erforderliche Wissen und die Erfahrungen an, bilden ethische Grundüberzeugungen dazu heraus und erwerben sich Handlungskompetenz. *Die Dinge von vornherein in ihren ökonomischen, sozialen und ökologischen Zusammenhängen zu sehen, interdisziplinäres Wissen, partizipatives Lernen und die Entwicklung sozialer Kompetenz kennzeichnen diesen Bildungsansatz. Der im Herbst 1998 verabschiedete Orientierungsrahmen „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ der BLK beschreibt die zentralen Aufgaben für Kindertagesstätten, die Einrichtungen der schulischen und beruflichen Bildung sowie der Hochschulen.* Darüber hinaus sind Einrichtungen der Erwachsenenbildung, politische Parteien und ihre Stiftungen, Kultureinrichtungen sowie die Nichtregierungsorganisationen und ihre Verbände wichtige Akteure der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Sie sollten in die Arbeitszusammenhänge der formalen Bildungseinrichtungen eingebunden werden.

Das deutsche Bildungswesen muss sich am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ausrichten. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Bildungsbereichen verankert werden muss. Sie ist im Sinne der Agenda 21 ein internationaler Bildungsauftrag, dessen Umsetzung auch der internationalen Kooperation bedarf.

Die Bundesregierung hat 2001 dem Deutschen Bundestag einen „Bericht zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ vorgelegt, der die erforderlichen konkreten Maßnahmen darstellt.

Insgesamt verleiht der bislang vorliegende Entwurf wenig neuen Schwung für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Eine Nachhaltigkeitsstrategie muss weit über die tagespolitische Aktualität hinausgehen. Wenn sich schon der tagespolitische Druck in der Nachhaltigkeitsstrategie so deutlich niederschlägt, ist es enttäuschend, warum die Bundesregierung sich in ihrem Entwurf dann nicht stärker auf die *Global-Deal-Initiative* der Europäischen Union bezieht, die ja eine nachhaltige Entwicklung aus globaler Perspektive stärken will.

VENRO hofft, dass die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie im Zuge der Überarbeitung besonders die globale Dimension stärker berücksichtigt und damit klarer das Grundverständnis der Agenda 21 aufnimmt, als dies der derzeitige Entwurf leistet.

Der Verband wird auch nach der Beschlussfassung durch das Kabinett die Debatte um eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland weiterhin kritisch begleiten.

**Verband Entwicklungspolitik
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
(VENRO)
Kaiserstr. 201
53113 Bonn**

Tel.: 0228/ 9 46 77 - 0

Fax: 0228/ 9 46 77 99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

VENRO ist ein freiwilliger Zusammenschluss von rund 100 deutschen Nichtregierungsorganisationen, die als Träger der privaten oder kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Nothilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit tätig sind.